



IRS Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung

In dieser Ausgabe

- EU-Forschungsförderung und Stadtentwicklung
- Metropolregion Berlin-Brandenburg: räumliche Auswirkungen der EU-Osterweiterung
- Zur Regionalstruktur der ostmitteleuropäischen Beitrittsländer
- Deutsch-polnische Kooperation
- Klein aber integrativ: Slowenien
- Städtische und raumwissenschaftliche Kreativität
- Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm besucht das IRS
- Leibniz-Gemeinschaft wehrt sich
- Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft
- Kurz notiert
- Veröffentlichungen
- Vorträge
- Nachlese

Die EU-Osterweiterung ...

Chancen und Herausforderungen aus raumpolitischer Sicht

Mit der EU-Osterweiterung stehen die Regionen Ostdeutschlands einerseits vor neuen Herausforderungen, die sich zusätzlich zu den bereits bestehenden Problemen ergeben. Andererseits können sich aus der räumlichen Nähe zu den Beitrittsländern aber auch Chancen für Ostdeutschland, insbesondere für die Metropolregion Berlin und für die sächsischen Regionen um Dresden und Leipzig, ergeben. Diese Einschätzungen basieren auf dem vom IRS geleiteten internationalen ESPON-Projekt "Pre-accession Aid Impact Analysis". Es evaluiert die räumlichen Wirkungen der EU-Förderpolitiken für die Beitrittsländer.

Aus unseren Potenzialanalysen (vgl. Beitrag Zillmer/Kunkel in dieser Ausgabe) ergeben sich eine Reihe von Entwicklungsmöglichkeiten für ostdeutsche Regionen gerade im Verhältnis zu den osteuropäischen Beitrittsländern. Für die meisten international vergleichbaren Indikatoren, welche wissenschaftlich gesehen als regionale Wettbewerbsvorteile verstanden werden können, gilt, dass die ostdeutschen Regionen sich im *Vergleich zu*

den östlichen Nachbarn als hoch entwickelt bezeichnen dürfen. Ostdeutsche Wettbewerbsvorteile liegen beispielsweise in dem höheren Qualifikationsniveau der Bevölkerung, der Innovationstätigkeit und -förderung sowie den besseren Erreichbarkeitsbedingungen. Gleichzeitig weisen die ostdeutschen Regionen modernere Wirtschaftsstrukturen mit einer geringeren Bedeutung des Agrarsektors und traditioneller Industrien bei zugleich höheren Beschäftigungsanteilen im Dienstleistungssektor, insbesondere der wissenschaftlichen Tätigkeiten, auf, als die Mehrzahl der Regionen in den Beitrittsländern. Daraus leitet sich für Ostdeutschland ein deutlich höheres Produktivitätsniveau als bei den östlichen Nachbarn ab. Dies ist in Relation zu dem Lohngefälle zwischen Westeuropa, Ostdeutschland und Osteuropa zu sehen, so dass sich aus der Kombination von vergleichsweise hohem Produktivitätsniveau bei mittlerem Lohnniveau – das deutlich über dem osteuropäischen aber leicht unter dem westdeutschen liegt – regionspezifische Chancen für die Regionen Ostdeutschlands ableiten lassen.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer in diesen Tagen die Zeitungen aufschlägt, sieht mehr denn je, wie sich Europa weiterentwickelt. Mit der EU-Osterweiterung verbinden sich dabei positiv besetzte Begriffe wie *Hoffnung*, *Herausforderung*, *Chance* ebenso wie negative, nämlich *Verlustangst*, *Unsicherheit* und nicht selten *Abschottung* auf der sozialräumlichen Ebene. Im Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) widmen wir uns diesem Themenfeld ebenfalls – allein schon deswegen, weil wir uns in Erkner am südöstlichen Berliner Stadtrand auch 'physisch' medias in res befinden. Hier bekommen wir mit, was "vor Ort" läuft. Das IRS hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit der ostmitteleuropäischen Perspektive und mit grenzübergreifenden Themen der regionalen Entwicklung befasst.

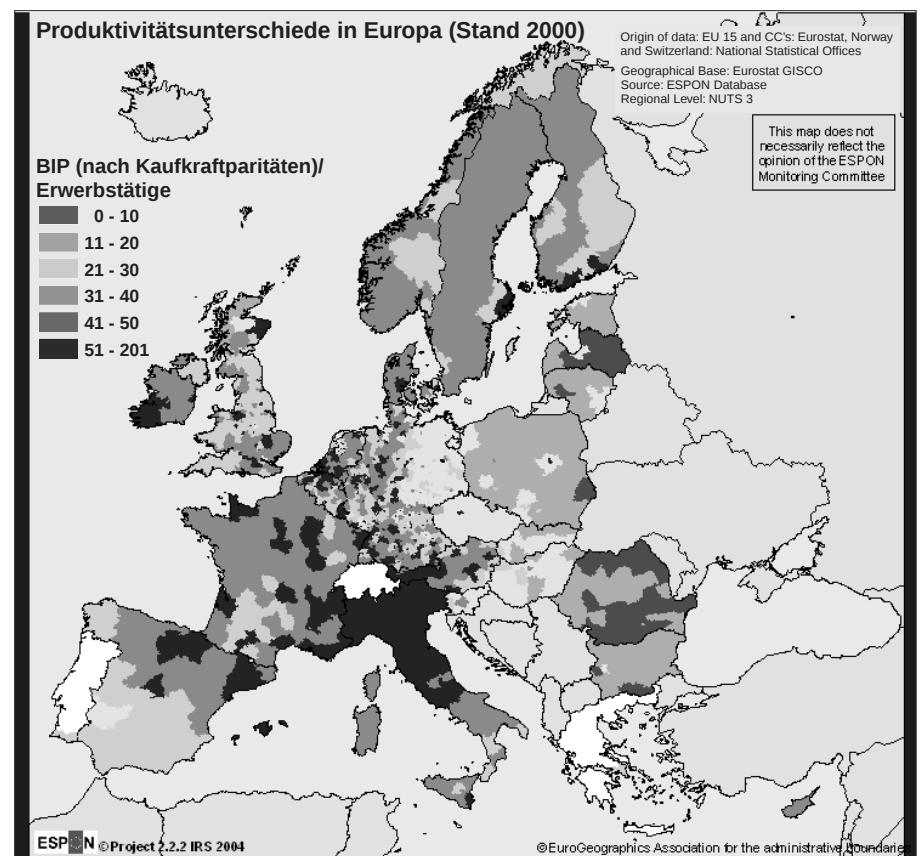
Ort und Zeitpunkt haben uns jetzt dazu bewogen, in dieser Ausgabe von IRS aktuell unter Federführung der Forschungsabteilung 1: *Regionalisierung und Wirtschaftsräume* die EU-Osterweiterung aus raumwissenschaftlicher Sicht unter die Lupe zu nehmen. Dabei interessieren uns die Chancen genauso wie die Herausforderungen und Probleme. Dass der Blick westlich der Oder durchaus nach vorn gerichtet werden darf, zeigen viele Entwicklungsmöglichkeiten, die sich künftig auch für ostdeutsche Regionen ergeben können. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist mit Sicherheit die offene und unabhängige Beschäftigung mit diesem Thema.

In diesem Sinne hoffen wir im IRS, dass Sie mit der vorliegenden Ausgabe wieder (kritische) Anregungen und Ideen bekommen: ob Sie sich nun in der Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Verwaltung oder – last but not least – in der Europa-Politik zu Hause fühlen.

Ihr Gerhard Mahnken

Insbesondere aufgrund der unterschiedlichen Qualifikations- und Lohnniveaus diesseits und jenseits der EU-15-Ostgrenze ist zu erwarten, dass viele standardisierte Tätigkeiten der verschiedenen Wirtschaftssektoren in Zukunft zunehmend in den Zentren Osteuropas ausgeführt werden und somit in diesen Bereichen keine wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze in Ostdeutschland entstehen können. Damit liegen die Chancen Ostdeutschlands insbesondere in höherwertigen Tätigkeiten wie den wenig standardisierbaren unternehmensbezogenen Dienstleistungen

lassen, zeigen sich analoge Entwicklungen in Ostdeutschland und den osteuropäischen Beitrittsländern sowie in vielen Regionen der EU-15. Diese liegen in der starken räumlichen Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten auf wenige größere städtische Agglomerationen, die verbunden sind mit geringer wirtschaftlicher Aktivität in den Räumen zwischen den bedeutenden Städten und einer Abwanderung von Bevölkerung aus diesen Gebieten. Ähnlich wie in manchen ostdeutschen Regionen sind auch in den Nachbarstaaten Mittel- und Osteuropas Entwicklun-



und vor allem der Forschung und Entwicklung sowie Hochtechnologiebereichen, zumal in diesen Sektoren aufgrund der Lohndifferenzen innerhalb der EU-15, speziell innerhalb Deutschlands, Ostdeutschland komparative Kostenvorteile bei gleichzeitiger Verfügbarkeit vergleichbarer Technologien aufweist.

Neben diesen Unterschieden, die sich als Komplementaritäten nutzen

gen zu beobachten, die zu einer zunehmenden Schwächung der ländlichen Räume und zu einer Verschärfung der Disparitäten zwischen den Zentren und ländlichen Räumen führen werden.

Aufgrund der Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten in Stadt- und insbesondere Metropolregionen (vgl. Beitrag von Arndt/Pauli) ist davon auszugehen, dass überwie-

gend diese Regionen Ostdeutschlands die Chancen der EU-Osterweiterung nutzen können. Somit stellt sich für Ostdeutschland primär die Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten der Regionen Berlin, Dresden und Leipzig, die von allen Stadtregionen den engsten Bezug zu den östlichen Nachbarn haben. Diese liegen nicht nur, wie bereits oben angedeutet, in den wissensintensiven Wirtschaftssektoren mit deren Exportchancen sondern auch in der Förderung der Vernetzung der Städte mit den östlichen Nachbarstädten (z.B. Poznan, Warschau, Prag, Bratislava). Eine Förderung erscheint umso wichtiger, weil die Erfahrungen der deutsch-polnischen grenzüberschreitenden Kooperation zeigen, dass die transnationale, interregionale Zusammenarbeit bzw. Verknüpfung eines langen Atems bei ihrer Implementierung bedarf. Sie kann erst im Laufe der Zeit zu sichtbaren Erfolgen führen. Deshalb sollte die Metropolenverknüpfung in Ostdeutschland mit Blick auf die östlichen Nachbarn nicht nur im Infrastrukturbereich, sondern auch in den Bereichen der wirtschaftlichen und kulturellen Vernetzung zügig und mit hoher Priorität forciert werden.

Dies bedeutet nicht, dass die übrigen Regionen chancenlos sind. Der räumliche Strukturwandel sollte einerseits sozialverträglich abgefedert werden. Andererseits sollten aber die Entwicklungsoptionen auch dieser Regionen genutzt werden. Zum Beispiel lassen sich die vorhandenen Kompetenzen in Ankerstädten bündeln, um kritische Massen zu erzielen, die die Voraussetzung für mehr Leistungsfähigkeit bilden.

Hans Joachim Kujath
(KujathH@irs-net.de),
Sabine Zillmer
(ZillmerS@irs-net.de)

Die Forschungsförderung der Europäischen Union zu Themen der Stadtentwicklung in einigen Beitrittsländern

Während der vergangenen Jahre wurden im IRS drei Forschungsprojekte im Rahmen des 5. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Kommission durchgeführt, aus denen sich Erfahrungen über die Bedeutung europäischer Forschungsstrategien in Verbindung mit der EU-Osterweiterung ableiten lassen.

SUREURO (Sustainable Rehabilitation Europe; www.sureuro.com) und NEHOM (Neighbourhood Housing Models; <http://www.nhh.no/geo/NEHOM/>) befinden sich nach je drei Jahren gerade vor dem Abschluss. Das Projekt RESTATE (Restructuring Large Housing Estates; <http://www.restate.geog.uu.nl/>) befindet sich auf dem Höhepunkt der "heißen Forschungsphase". In allen drei Projekten sind Partner aus den ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten beteiligt, die ab Mai 2004 zur Union gehören. Erkennbar ist, dass deren Integration in die europäische Forschungslandschaft zunehmend alltäglicher, damit aber nicht unbedingt einfacher geworden ist. Während anfangs (SUREURO) einige bürokratische Schwierigkeiten zu überwinden waren, um dem damaligen "Außen-seiter" in Tschechien einen Platz im Projekt zu verschaffen, erwiesen sich später besondere Programmstränge zur Integration als hilfreiche Türöffner (NAS Programme für die new accession states) für die Projektpartner aus Polen, Estland und Ungarn. Im Projekt RESTATE dann, das 2002 begann, waren die ostmitteleuropäischen Partner aus Ungarn, Slowenien und Polen auf der Basis der Vereinbarungen über den gemeinsamen Forschungsraum bereits integrierte Projektteilnehmer. Damit unterlagen sie jedoch auch allen harten Evaluationskriterien, denen sie sich ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten des Transformationsprozesses zu stellen hatten.

Es zeigten sich deutliche Unterschiede in der Übertragbarkeit von Wissen und Erfahrungen (Transferability) in den Projekten. Sie haben weniger mit nationalen Eigenwilligkeiten, als einerseits mit der weitgehenden Internationalisierung der technischen Kulturen und andererseits mit der unterschiedlichen Adaptation an Strukturwandel als dem Normalfall der Entwicklung von Gesellschaft und Raum zu tun. Techniker – schwerpunktmäßig in SUREURO – fanden über alle Grenzen schnell gemeinsame Sprachen: Energieeinsparung buchstabiert sich fast überall gleich und die Instrumente der Technik – energiesparende High-Tech-Heizungen oder Wassersparinstallationen – waren auf den offenen Märkten schnell verfügbar. Als problematischer erwiesen sich dagegen die Felder der sozialen und zu Teilen der ökonomischen Interventionen in den Städten. Zwar war der formale Prozess der Demokratisierung, der 'samtenen Revolutionen', bereits in den frühen 1990er Jahren weitgehend abgeschlossen. Jedoch erwiesen sich die Milieustrukturen in Forschung und kommunaler Praxis oft als relativ geschlossen: Bürokratie obsiegte lange gegenüber neuen Formen von Governance, die auf informellen Verfahren und Vertrauen in Kooperationsprozessen aufbauen. Gerade im langsamen Einleiten anderer Regelungsstrukturen spielte praxisorientierte Forschung eine große Rolle als 'Katalysator'. Erst über einen längeren Zeitraum, der als Basis für den Aufbau von Vertrauen und Handlungskapazität (Trust and Governance Capacity) erforderlich war, entstand die Chance, intensiv über den Zaun der eigenen Probleme auf die Lösungen der anderen zu schauen. Überwiegend jüngere, risikobereite und aufgeschlossene Akteure erwiesen sich als die Brückenbauer und Change Agents. Sie waren die Träger der Vermittlung zwischen Forschung und Praxis.

Es war also überwiegend die kommunikative Ebene, auf der sich die anwendungsbezogene Forschung zu Problemen der Stadt- und Quartiers-

entwicklung als ein Element wachsender Kohäsion in Europa erwies. So konnten wissensbasierte Austauschprozesse entstehen, die bei den beteiligten Partnern schrittweise zu einem Anstieg der sozialen und kommunikativen Kompetenz beitrugen. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass derlei Effekte aus hochkomplexen sozialen Kontexten schwer zu messen sind. Wenn jedoch gegen Ende von Projekten erkennbar wird, dass vor Ort neue institutionelle Arrangements entwickelt werden, um Stadtentwicklungsprozesse sowohl mit dem Wissen vor Ort anzureichern, als auch weiterhin grenzüberschreitend durch die aufgebauten Kontakte 'anzureichern', hat die europäische Forschung einen Beitrag zur Überwindung der bisher oft erstaunlich persistenten Bürokratien geleistet.

Thomas Knorr-Siedow
(Knorr-ST@irs-net.de)

Räumliche Auswirkungen der EU-Osterweiterung und Anforderungen an die Planung für die Metropolregion Berlin-Brandenburg

Die voranschreitende Integration der EU hat in den letzten Jahren zu spürbaren sozioökonomischen Veränderungen mit neuen regionalen Problemlagen und räumlichen Verflechtungsmustern geführt, aus denen weitreichende raumstrukturelle Verschiebungen resultieren. Im Mittelpunkt dieser Entwicklungen stehen die Metropolräume, die als transnationale wirtschaftliche Gravitationszentren innerhalb des Netzwerkes sich intensivierender grenzüberschreitender Verflechtungen einen prägenden Einfluss auf die Veränderungen der Raumstruktur haben. Im Zuge der Osterweiterung der EU ist nach Analysen des IRS zu erwarten, dass auch die großen Zentren der neuen Bundesländer in intensivere transnationale Verflechtungen mit

den neuen Beitrittsstaaten einbezogen werden. Dies gilt in besonderem Maße für die Hauptstadt Berlin und ihre Verbindung zum Nachbarstaat Polen. Kein anderer Metropolraum Europas hatte in der Vergangenheit eine so enge und wechselhafte Beziehung mit diesem Raum. Dies erklärt sich aus einer gemeinsamen historischen Entwicklung, den wechselvollen Veränderungen des gemeinsamen Grenzraumes und damit entstandenen besonderen ökonomischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten.

Unter der Annahme einer sich selbst verstärkenden wirtschaftlichen Dynamik im Zuge der EU-Erweiterung sind – aus unserer Sicht – erhebliche sozioökonomische Veränderungen zu erwarten. Ausgedehnte wirtschaftliche Aktivitäten führen zu einer neuen räumlichen Arbeitsteilung im größeren Maßstab. Durch die Relativierung vorhandener komparativer (relative Preise) und absoluter Vorteile (räumliche Lage) werden Auf- und Abwertungsprozesse im Raum verstärkt induziert. Sie gilt es abzuschätzen und für ein strategisches Handeln zu nutzen.

Der Erfolg der räumlichen Integration der Beitrittsstaaten in die Europäische Union wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, neue gemeinsame Raumstrukturen zu bilden und in ihnen ausgewogene und auf Nachhaltigkeit bezogene Entwicklungsprozesse einzuleiten. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Prozess der deutschen Einheit wissen wir, dass die durch ein autarkes Wirtschafts- und Planungssystem verzerrten Raumstrukturen von den Risiken eines offenen Marktes besonders betroffen sind. Ähnliches gilt, wenn auch in anderer Form, für die Regenerierung gewachsener und durch den "Eisernen Vorhang" gekappter Beziehungssysteme. Eine Raumpolitik, die sich allein auf die Integrationsfunktion stützt und alles weitere der Selbstorganisation des Marktes überlässt, wäre jedoch fatal. Schon heute klaffen die Beurteilungen des fortschreitenden wirtschaftlichen und institutionellen Integrationsprozesses durch

zentrale Institutionen und Experten einerseits und dezentrale Stellen und Bürgergruppen andererseits, immer weiter auseinander. Die Raumpolitik muss sich daher auf ihre Legitimationsfunktion besinnen, um

- die sozialräumlichen Auswirkungen des Erweiterungsprozesses transparent zu vermitteln,
- die Betroffenen in diesen Prozess einzubeziehen sowie
- Fehlentwicklungen zu vermeiden, zu vermindern und wenn möglich in eine positive Richtung zu lenken.

Die Planung kann hierzu über formelle und informelle Netzbildungen einen Beitrag leisten. Legitimation beruht auf räumlicher Nähe, daher lassen sich prozessuale Verfahren zur Bildung von Raum im Sinne der Regionsbildung durchaus als "Produktion von Legitimation" interpretieren. Drei Ebenen können in derartigen Prozessen, die im IRS unter dem Begriff des "Spacing" zusammengefasst werden, im Vordergrund stehen: erstens die gemeinsame Neubestimmung, Widmung und Abgrenzung von Gebieten oder Flächen, zweitens die gemeinsame Planung von Nutzungsformen durch Verfügungsrechte oder Zugangsregelungen sowie drittens die Kodierung von gemeinsamen Perspektiven. In der Region Berlin-Brandenburg ist die Hauptstadt stärker als bisher gefordert, als impulsgebender Akteur aufzutreten. Als Metropole übt sie durch ihre Größe und geographische Lage spezifische raumbildende Funktionen aus. Diese werden weiter zunehmen, wenn die großen Verkehrsinfrastrukturen fertig gestellt sind und die Hauptstadt ihre räumliche Knotenfunktion zwischen West- und Mittel-/Osteuropa im vollen Umfang wahrnehmen kann. Es ist im eigenen Interesse der Hauptstadt, die Vernetzung der Metropolregion Berlin-Brandenburgs mit den größeren Zentren zu befördern, zu denen historisch ein enger funktionaler Zusammenhang bestand.¹ Für ein derartiges Vernetzungs-

¹ Berlin-Eberswalde-Szczecin; Berlin-Frankfurt/Oder-Poznan-Warzburg; Berlin-Kostrzyn-Gorzow-Gdansk; Berlin-Dresden-Wroclaw

projekt wäre es hilfreich, wenn die Hauptstadt eine strategische 'Kerninstitution' beförderte (z.B. Geschäftsstelle, Regionale Entwicklungsgesellschaft oder Agenturen), die als 'Spielmacher' die problemadäquate Kooperation der verschiedenen Akteure der Städte zusammenführt und wichtige Vorhaben vorantreibt.

In diesem Sinn kann die noch weitgehend an der westeuropäischen Peripherie gelegene Metropolregion Berlin-Brandenburg endlich auch einmal als ein "Raum der Integration" fungieren, innerhalb dessen die beteiligten Akteure zu gemeinsamen Codes der Verständigung und darauf basierenden Handlungsvorschlägen finden.

Michael Arndt (ArndtM@irs-net.de),
Angelika Pauli (PauliA@irs-net.de)

Zur Regionalstruktur der ostmitteleuropäischen Beitrittsländer – Potenziale und Handlungserfordernisse

Mit der anstehenden Erweiterung nach Osten werden sich nicht nur die Disparitäten zwischen den EU-Mitgliedsstaaten verschärfen. Auch innerhalb der Beitrittsländer bestehen erhebliche inter- und intraregionale Disparitäten, die sich in unterschiedlichen Einkommensniveaus und einem unterschiedlichen Bestand an endogenen Potenzialfaktoren zeigen. Die Umsetzung der europäischen Raumentwicklungsziele, wie sie im Europäischen Raumentwicklungskonzept 1999 festgehalten wurden, wird durch die Erweiterung somit vor neue Herausforderungen gestellt. Angesichts der drei grundlegenden räumlichen Ziele – wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und des kulturellen Erbes, ausgeglichene Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raumes – ist zu fragen, welche Potenziale und Hindernisse

für eine räumlich ausgewogene und nachhaltige Entwicklung in den Beitrittsländern bestehen.

Auf Grundlage einer regionalen Potenzialanalyse (unter Berücksichtigung von z.B. Indikatoren der Arbeitsmarkt-, Innovations-, Marktpotenziale, Erreichbarkeitsindikatoren oder Agglomerationsvorteilen) hat das IRS im Rahmen des ESPON Projektes "Pre-accession Aid Impact Analysis" die Regionen der Beitrittsländer einer groben Typologie zugeordnet: Diese liefert unter Berücksichtigung der Wirkungen der europäischen Strukturpolitik erste Ansatzpunkte für eine differenzierte Ausrichtung dieser Politik:

1. *Hauptstädte bzw. größere Agglomerationen*; diese weisen die vorteilhaftesten Entwicklungspotenziale auf, z.B. eine hohe Kapitalausstattung und -verfügbarkeit, qualifizierte Arbeitskräfte und Ausbildungsmöglichkeiten, gut entwickelte Infrastrukturen und Zugang zu Entscheidungsträgern. Sie sind am wenigsten auf europäische Strukturmittel angewiesen, ihre Integrationsfunktion für die angrenzenden Regionen und das nationale Territorium sind jedoch oft nicht ausreichend ausgebildet. Die Entwicklung transeuropäischer Verkehrsnetze könnte die Ausweitung der Wachstumsimpulse dieser Zentren auf weitere Regionen unterstützen.

2. *Westliche Grenzregionen*; diese profitieren – trotz der Gefahr des Überspringens in die großen Zentren – von ihrer Nähe zur EU-15 und können in gewissem Umfang Investitionen, Handel, Tourismus sowie grenzüberschreitende Bildungs- und Innovationsinitiativen auf sich ziehen. Diese Regionen können eine wichtige Integrationsfunktion zwischen EU-15 und den Beitrittsländern spielen und sich zu Vorreitern der Kohäsion entwickeln – unter der Bedingung, dass grenzüberschreitende Kooperationen weiter gefördert und Grenzbarrieren abgebaut werden.

3. *Periphere östliche (nahe zukünftiger EU-Außengrenze der EU-25 bzw. EU-27) und ländliche Regionen*; diese bilden die in Bezug auf vorhandene Entwicklungspotenziale am meisten benachteiligte Gruppe. Schlechte Erreichbarkeiten, geringe Investitionstätigkeit, nachteilige Wirtschaftsstrukturen mit hohem Anteil des primären Sektors sowie eine abnehmende und alternde Bevölkerung mit relativ geringem Qualifikationsniveau hemmen die Entwicklung. Wachstumsimpulse sind aufgrund der geringen Potenziale nur schwer durch Strukturhilfen anzustoßen. Sollen Strukturmittel nicht den Charakter reiner Transfers annehmen, wird sich die europäische Regionalpolitik in diesen Regionen auf ausgewählte Zentren mit ausreichend mobilisierbaren Potenzialen konzentrieren müssen.

4. *Altindustrielle Regionen*; sie bilden das geographische Zentrum der Beitrittsländer und weisen trotz erheblicher Umstrukturierungsprozesse in den letzten Jahren nach wie vor eine hohe Dichte an Erwerbsfähigen und urbanen Zentren auf. Allerdings sind sie mit massiven Problemen in Bezug auf hohe Arbeitslosigkeit, gering ausgeprägtes Unternehmertum und hohe Umweltbelastungen konfrontiert. Obwohl über Strukturhilfen angestrebt wird, entsprechend die negativen Folgen der Restrukturierung abzumildern, Infrastrukturen zu modernisieren, die Anpassung der Arbeitskräfte an neue Anforderungen zu unterstützen und Umweltbelastungen abzubauen, wird es schwer werden, diese Regionen als wirtschaftliche Kernzone der Beitrittsländer zu erhalten.

5. *"Triangel" Zentraleuropas*; sie wird umschlossen von den wichtigsten Wachstumszentren der Beitrittsländer (Poznan, Warschau, Budapest, Bratislava, Prag) und umfasst neben den mit großen Herausforderungen verbundenen altindustriellen Regionen auch die deutlichsten Wachs-

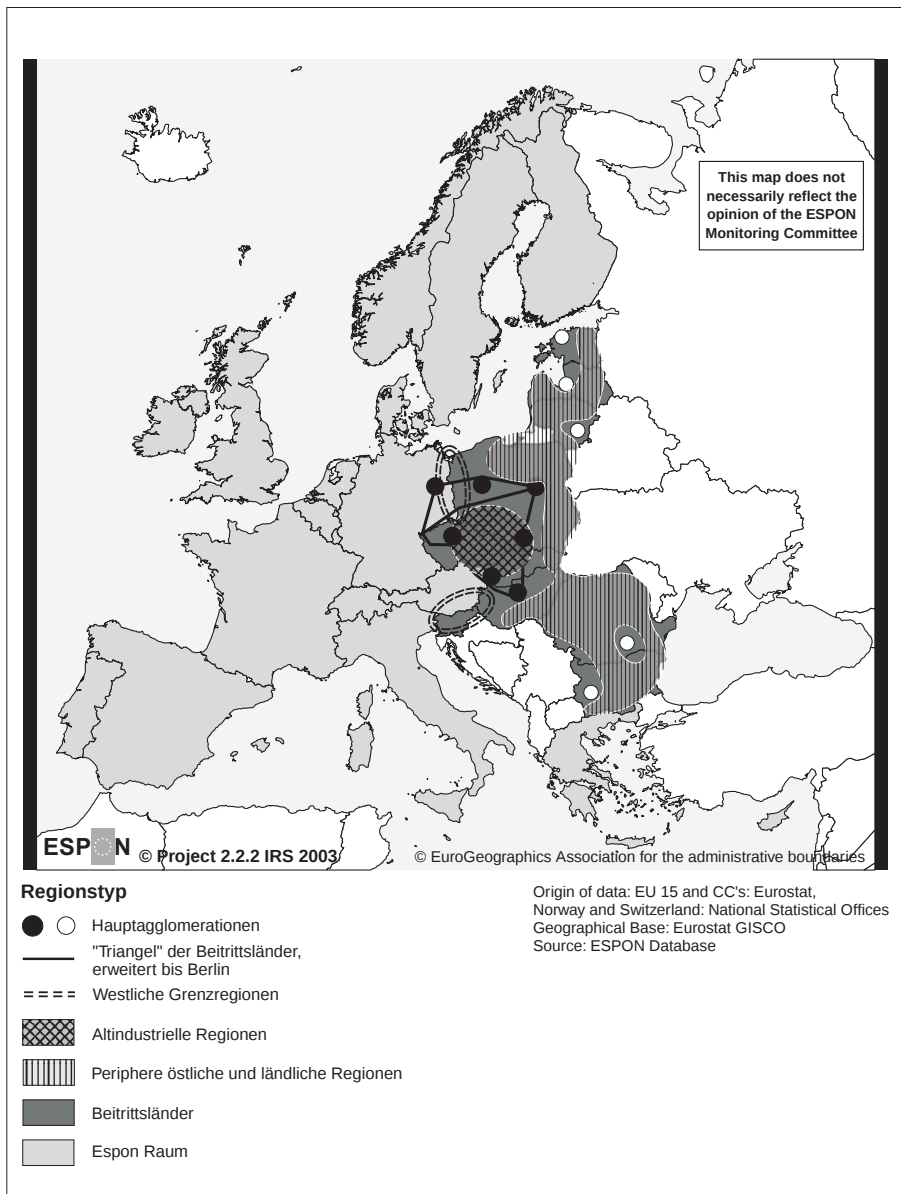
Deutsch-polnische Kooperation im Kontext der EU-Osterweiterung

Im Rahmen eines Forschungsprojekts des IRS mit den Instituten EUROREG Warschau und EPRC Glasgow gaben im Herbst 2003 nur 36 Prozent der befragten 455 Schüler und 261 Bürger aus Städten an der östlichen deutschen Grenze an, für den EU-Beitritt Polens zu sein.

Dieses Ergebnis erstaunt, ist es doch seit der Einführung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG im Jahr 1990 ein zentrales Anliegen der EU-Regionalpolitik, die Integration des europäischen Raumes und die Zusammenarbeit über nationalstaatliche Grenzen hinweg zu befördern. In diesem Kontext ist auch die Konstituierung von deutsch-polnischen Kooperationsräumen – den vier Euroregionen Pomerania, Viadrina, Spree-Neiße-Bohr und Neiße – seit 1992 zu sehen. Offenbar spielen viele zusätzliche Faktoren bei der Urteilsbildung über die EU-Osterweiterung eine Rolle.

Praktische Schwierigkeiten der Zusammenarbeit gibt es zu Genüge: So benennen die Euroregionsbüros als Verwaltungs- und Koordinierungsstellen der genannten Grenzregionen hinreichend Probleme auf Programm- und Projektebene, wie insbesondere die mangelhafte förderungsrechtliche Koordination von INTERREG- und PHARE-CBC Programmen. Nur in den seltensten Fällen scheint es zu gelingen, größere Kooperationsprojekte durchzuführen, die wirklich von deutschen und polnischen Projektträgern gemeinsam finanziert und realisiert werden.

Für die Projektträger gibt es nach eigenen Angaben neben der förderrechtlichen Problematik zahlreiche weitere Hemmnisse, wie z.B. die administrativen Strukturen in Polen. Dennoch sind INTERREG und PHARE-CBC oft die einzige Mög-



tumspotenziale in den Beitrittsländern. Dieses Triangel könnte sich zukünftig zu einem Gegenpol des westeuropäischen Pentagon entwickeln und bedarf in seiner Gesamtheit besonderer strukturpolitischer Förderung. Von einer dynamischen Entwicklung in diesem Raum könnten zukünftig auch verstärkt die angrenzenden ostdeutschen Regionen profitieren, wenn höhere Produktivität und FuE-Kapazität in den sächsischen Agglomerationen und der Region Berlin auf der einen Seite und hohe Wachstumsraten in den Agglomerationsräumen der Triangel auf der anderen Seite gegenseitige Impulse in einem integrierten Städtenetz liefern könnten.

Inwiefern die EU-Strukturmittel zukünftig dazu beitragen werden, dass den Beitrittsländern der Aufholprozess zu den EU-15 bei gleichzeitiger ausgeglichener Raumentwicklung gelingt, hängt zum einen von einem effizienten und sicherlich differenzierten Mitteleinsatz ab. Mit den nationalen Entwicklungsplänen zur Vorbereitung auf die Strukturfonds sind hierfür bereits Grundlagen geschaffen worden. Zum anderen bedarf es einer transnationalen Koordination der Entwicklungsziele und -pläne zwischen den Beitrittsländern und an der Grenze zur EU-15.

Sabine Zillmer (ZillmerS@irs-net.de),
Kirsten Kunkel (KunkelK@irs-net.de)

lichkeit für finanzschwache Kommunen, ambitionierte Projekte mit grenzüberschreitender Ausrichtung anzugehen. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten konnten vielfältige Formen der Zusammenarbeit etabliert und eine Reihe von Maßnahmen mit grenzüberschreitendem Charakter realisiert werden, die sich vor allem auf die zwischenmenschliche Annäherung beziehen. Dank der so genannten "Small Project Funds" (SPF) sind viele kleine Aktionen im sozio-kulturellen Bereich durchgeführt worden, die ausdrücklich grenzüberschreitende Kontakte von Mensch zu Mensch ermöglichen sollen.

Doch erreichen diese Aktivitäten neben den ökonomischen Zielen auch eine soziale Annäherung der Bevölkerung beiderseits der Grenzen, wie erfolgreich ist die ambitionierte Integrations- und Kooperationspolitik? In der eingangs erwähnten Befragung von Bürgern und Schülern aus Frankfurt/Oder, Görlitz, Guben, Forst, Eisenhüttenstadt und Bad Freienwalde lassen einige Punkte aufhorchen.

1. Bekanntheitsgrad der Euroregionen

Nicht einmal die Hälfte der befragten Bewohner aus drei Euroregionen wissen, dass Ihre Stadt zu einer solchen Region gehört; nur 13,7 Prozent können den korrekten Namen der Euroregion benennen. Zwischen den Regionen gibt es erhebliche Unterschiede.

2. Kooperationsprojekte

Mehr als die Hälfte der Befragten kennen hingegen grenzüberschreitende Projekte, insbesondere in den Bereichen Kultur und Infrastruktur. Erstaunlich hoch ist die bisherige Teilnahme an solchen Maßnahmen (16,5 Prozent der Befragten). Dabei dominieren kulturelle Aktivitäten und

Aus-/Weiterbildungsmaßnahmen; es handelt sich vielfach um SPF-Maßnahmen. Durch die Teilnahme, geben viele Befragte an, habe sich die Einstellung zum Nachbarland Polen verbessert.

3. Kontakte

Im alltäglichen Leben bestehen zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung wenig Beziehungen.

4. EU-Beitritt Polens

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass der EU-Beitritt Polens skeptisch gesehen wird. Nur 14,8 Prozent der Befragten stimmen voll bzw. überwiegend zu, dass der Beitritt Vorteile für ihre deutsche Kommune bringen wird; persönliche Vorteile erwarten gar nur 10,9 Prozent. Diese Vorbehalte dürften vorwiegend aus ökonomischen Befürchtungen resultieren. Schließlich erwarten 43,0 Prozent der Befragten, dass der Beitritt Polens in die EU die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt verschärfen wird. Insofern ist das eingangs erwähnte Votum gegen den EU-Beitritt Polens vor allem aus der Sorge um die eigene Zukunft zu erklären, zumal die Ablehnung der jungen Generation besonders stark ist.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für die zukünftige Kooperation im deutsch-polnischen Grenzraum ziehen? Mit dem EU-Beitritt Polens ist das Problem der mangelhaften Programmabstimmung behoben; falls INTERREG nach 2006 fortgesetzt wird, können die Euroregionen die grenzüberschreitende Kooperation weiter vertiefen. Unbedingt empfehlenswert ist die SPF-Fortführung, die – wie

auch die Befragung nachweisen konnte – in der Bevölkerung bisher die größte Wirkung hinterlassen hat. So notwendig persönliche Kontakte auch sind – die kulturelle Annäherung wird vermutlich erst dann vorbehaltlos gelingen, wenn sich die Arbeitsmarktsituation entschärft. Die wirtschaftliche Entwicklung ist für die Integrations- und Kooperationspolitik also Hauptziel und Erfolgsfaktor zugleich.

Jörn Krupa (KrupaJ@irs-net.de)

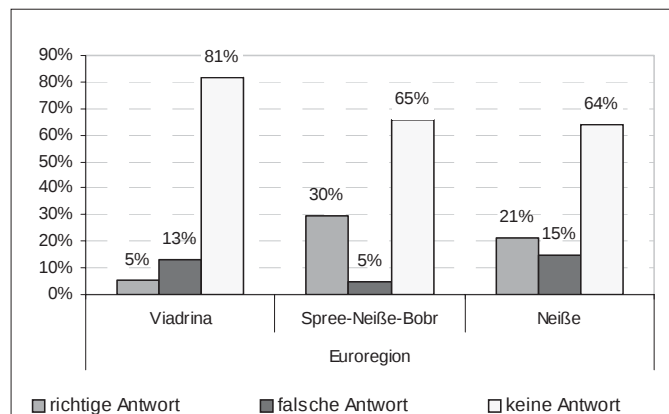


Abb. 1: Bekanntheitsgrad der Euroregionen

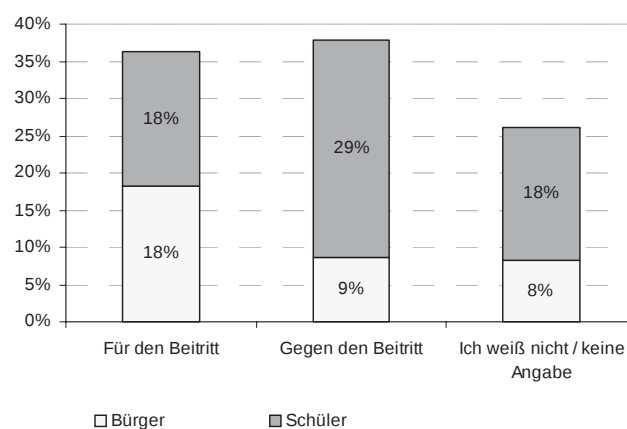


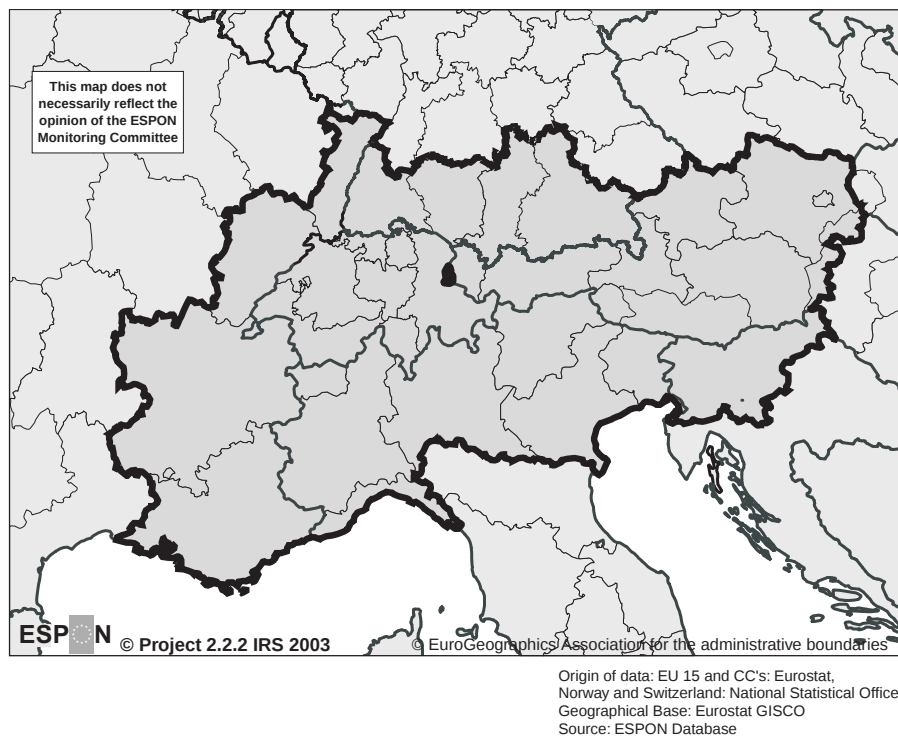
Abb. 2: Haltung gegenüber dem EU-Beitritt Polens

Die Befragten sind nach eigenen Angaben selten in Polen; einzige Ausnahme bildet das Einkaufen. Zwei Drittel der Befragten äußern, dass sie in Polen einkaufen, insbesondere Benzin, Nahrungsmittel sowie Kleidung. Die Nutzung von Dienstleistungen erfolgt hingegen in weitaus geringerem Maße. Auch wenn bei diesem Fragenkomplex der Aktionsradius von Schülern und Bürgern sehr unterschiedlich ist, wird klar, dass der grenzüberschreitende Kontakt vorwiegend ökonomisch motiviert ist.

Slowenien – klein aber integrativ

Das Beste, was in den letzten Jahren für eine gemeinsame Entwicklungsperspektive im Alpenraum passiert ist, sei INTERREG IIIB – so die slowenische Koordinatorin der transnationalen Makroregion Alpine Space. Das Alpine Space-Programm ist eines von 13 INTERREG IIIB-Program-

gediehen. Sobald europäische Finanzmittel fließen, die potenziell für nationale Akteure eingesetzt werden könnten, scheint die Sicherung des eigenen Anteils Vorrang vor der transnationalen Idee zu erlangen. Andererseits ist in Slowenien auch zu erkennen, dass zwar Visionen ohne großen finanziellen Aufwand befördert werden können, die Umsetzung derselben jedoch nur



INTERREG IIIB Region 2000-2006 - "Alpine Space"

men, mit denen die EU die Gebietsintegration großer Gruppen europäischer Regionen, auch außerhalb der Union der Fünfzehn, vorantreiben will. Exemplarisch hat das IRS im Rahmen des ESPON 2.2.2 Projektes untersucht, was aus der Rolle des kleinsten Programmpartners Slowenien zu lernen ist – über das Vorhaben der Integration und über Slowenien an sich.

Slowenien will mit diesem Programm gemeinsame umfassende Ziele und Visionen für eine Region entwickeln, deren Stärke in ihrer Vielfalt liegt. Hinter diesem Anspruch einer transnationalen strategischen Raumordnung treten nationale Interessen zurück und das obwohl Slowenien bisher keine EU-Fördergelder im Rahmen von INTERREG IIIB erhält. Leider nur ist der transnationale Gedanke nicht in allen am Programm beteiligten Ländern so weit

schwerlich. So ist es aufgrund der fehlenden Mittel in Slowenien lediglich in geringem Maße möglich, konkrete Projekte im Rahmen des Alpine Space-Programms mitzutragen. Hierdurch ist etwa die erhoffte Wirkung des Programms, Denkanstoß und Horizonterweiterung für die Beteiligten auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene zu sein, nur bedingt zu erreichen. Ist das ein Dilemma der europäischen Integration im Kleinen? Wünschenswert wäre, dass Slowenien zukünftig entscheidend zur Überwindung des Vorgangs nationaler Interessen in transnationalen Programmen beiträgt. Trotz oder vielleicht gerade aufgrund der relativ geringen europäischen Transfers für das eigene Land kann Slowenien eine integrative Kraft mit hohem Anspruch an Europa sein – eine Chance für eine gemeinsame Entwicklungsperspektive in der erweiterten EU.

Kirsten Kunkel (Kunkel@irs-net.de)

Leibniz-Gemeinschaft wehrt sich

Die wissenschaftspolitische Debatte, bei der es um eine Entflechtung der Bund-Länder-Finanzierungen im Bereich von Wissenschaft und Forschung geht, ist in den zurückliegenden Monaten in ein neues Stadium getreten. Ministerin Bulmahn hat am 20. Januar 2004 in einem Vortrag an der Humboldt-Universität den einseitigen Rückzug aus der gemeinsamen Bund-Länder-Förderung der Leibniz-Institute angekündigt. Sie werde den Wissenschaftsrat bitten zu prüfen, wie die 80 Leibniz-Institute anderen Forschungsorganisationen, der Ressortforschung oder den Hochschulen zugeordnet werden könnten.

Hinter diesem Vorstoß steht ein klares Motiv: Der Bund möchte diejenigen Forschungsfelder, die für die Technologieentwicklung und Modernisierung Deutschlands besonders zukunftssträftig erscheinen, in eigener Regie wahrnehmen und fördern. Offenbar gelten die Institute der Leibniz-Gemeinschaft in der Wahrnehmung der Leitung des BMBF als Einrichtungen, die mit solchen Forschungsfeldern kaum etwas zu tun haben – ein, wie jeder gut Informierte weiß, erheblicher Irrtum. Was die Rolle des Wissenschaftsrats angeht, so ist darauf hinzuweisen, dass bei jeder einzelnen Evaluation der Leibniz-Institute eine Aussage darüber getroffen wird, ob eine Fortführung der Bund-Länder-Förderung angebracht erscheint oder das Institut besser in einen anderen organisatorischen Zusammenhang überführt werden solle. Eine zusätzliche Äußerung des Wissenschaftsrats ist also in dieser Sache gar nicht erforderlich, abgesehen davon, dass der Wissenschaftsrat formal nur über die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung beauftragt werden könnte. Die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) unternimmt seit der verschärften Entflechtungsdebatte umfangreiche Anstrengungen, um die befürchtete Überlassung der Blaue Liste-Institute an die Län-

der abzuwenden. Sie fordert dazu auf, das Verhältnis der außeruniversitären zur universitären Forschung insgesamt zu überprüfen. Der Mehrwert der WGL liege insbesondere darin, dass sie ein bisher einzigartiges Instrument zur Qualitätssicherung innerhalb der Mitgliedseinrichtungen darstelle, dass sie die Interessen der Mitgliedseinrichtungen gegenüber den Zuwendungsgebern in Bund und Ländern wahrnehmen könne, dass sie erfolgreicher Ansprechpartner für die Öffentlichkeit, die deutschen Wissenschaftsorganisationen und für ausländische Forschungsorganisationen sei und dass sie schließlich als Motor für Verbesserungen im gesamten Forschungssystem wirke.

Sämtliche Leibniz-Institute haben inzwischen enge Kooperationen mit den regionalen Universitäten, einschließlich einer intensiven Nachwuchsförderung, aufgebaut. Für die Länder und ihre Abgeordneten ist es wichtig, sich klar zu machen, dass jeder Euro, der vom Land aufgebracht wird, durch einen weiteren Euro vom Bund verdoppelt wird. Hinzu kommen noch die teilweise erheblichen Drittmiteinnahmen, die nur auf der Basis einer ausreichenden Grundfinanzierung eingeworben werden können.

Das IRS vertritt eindeutig den Standpunkt, dass sowohl die Bund-Länder-Finanzierung bei der außeruniversitären Forschung als auch die Mitgliedschaft in der Leibniz-Gemeinschaft beibehalten werden sollten. Beides liefert uns die beste Garantie dafür, weiterhin eine unabhängige, fachwissenschaftlich auf dem neuesten Stand betriebene, international vernetzte und dem gesamtstaatlichen wissenschaftspolitischen Interesse dienende Forschung betreiben zu können. Wir appellieren an alle, die unser Institut unterstützen, sich für eine Beibehaltung der Bund-Länder-Finanzierung und der Leibniz-Gemeinschaft einzusetzen.

Prof. Dr. Karl-Dieter Keim

Städtische und raumwissenschaftliche Kreativität: Karl-Dieter Keim plädiert im DifU-Dialog für unkonventionelle Lösungen

"Die Städte und Kommunen sind an einem Punkt angelangt, der ihnen neue Spielregeln abverlangt". Das sagte der Direktor des IRS, Karl-Dieter Keim, im Januar zu Beginn seines Vortrags im Deutschen Institut für Urbanistik (DifU) in Berlin. Da die gegenwärtig schwierige Ausgangslage durch "schlecht identifizierte Systeme" gekennzeichnet sei, müssten zunehmend unkonventionelle Lösungen bei sozialräumlichen Steuerungsprozessen herangezogen werden. In einem gemeinsamen Projekt mit der Schader-Stiftung habe das IRS in sechs Untersuchungsstädten feststellen können, dass der Begriff "Kreativität" bei den Praktikern kaum besetzt sei. Die Ressorts in den Stadtverwaltungen, so die ernüchternde Bilanz, arbeiten nach wie vor abgeschottet voneinander. Eine "hoch kreative Arbeit" – auch für die raumwissenschaftliche Forschung – sieht Keim deshalb darin, in den Stadtverwaltungen andere Arbeitsweisen zu befördern.

Anwendungsgebiete seien etwa im kreativeren Umgang mit Zwischennutzungen zu sehen. Am Untersuchungsbeispiel Leipzig habe sich gezeigt, dass besonders hier innovative Nutzungsformen für Brachflächen und freistehende Gebäude erörtert werden. Kreativität sei in diesem Zusammenhang als ein Arbeitsprinzip zu sehen, das gerade bei Schrumpfungsprozessen wie in Leipzig neue Impulse bieten könne. Dazu brauche kreatives Handeln auf kommunaler Ebene auch den "Mut zum kalkulierten Risiko" und die Freisetzung kultureller Ressourcen.

Künftig werde es wichtiger, dass in Planungs- und Steuerungsprozessen

unterschiedliche Akteure mit ihren jeweiligen Erfahrungen neues Wissen freisetzen. Darauf müsse sich auch die raumwissenschaftliche Forschung einstellen. Die herkömmliche und mittlerweile unscharfe Trennung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung sei zugunsten neuer Hybrid-Formen der Wissensgenerierung aufgehoben. In der deutschen Traditionslinie sei der Begriff "Raumforschung" bisher immer mit "Raumordnung" verbunden gewesen – und sei so als wissenschaftliche Zulieferin für Planungsaufgaben missverstanden worden. Eine Neuausrichtung und damit auch Anschlussfähigkeit an die internationale wissenschaftliche Entwicklung sei überfällig.



Der Forschungsansatz des IRS verfolge eine andere Art des räumlichen Denkens. Hier nannte Keim zum Beispiel den Begriff "spaces of flows" (Castells). So gelte es heute, einen "cultural turn" und die soziale Konstituierung von Handlungsräumen zu untersuchen, um eine neue Sicht auf räumliche Entwicklungen zu erlangen. Die Forscher, die mit komplexen Raumfragen beschäftigt seien, hätten zudem gelernt, Prozesse der Wissensgenerierung wegen der variierenden Kontextbedingungen als nicht wiederholbar anzusehen.

Gerhard Mahnken

Kurz notiert

Europäisches Raubeobachtungs- werk ESPON beim BMVBW

Am 2. März fand auf Einladung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen/BMVBW ein Informationsseminar zu ESPON (vgl. auch den Beitrag Kunkel in dieser Ausgabe) statt. Neben Beiträgen von Staatssekretär Braune (BMVBW), Maryse Scholtes (ESPO N Verwaltungsstelle) und Prof. Wendelin Strubelt (BBR) waren auch die deutschen Leadpartner eingeladen, aus dem bisherigen Projektverlauf zu berichten. Diese Aufgabe wurde von Hans Joachim Kujath und Sabine Zillmer für das vom IRS geführte ESPON Projekt 2.2.2. wahrgenommen. Außer der allgemeinen Projektdarstellung, die u.a. durch Anforderungen an Programmevaluationen geprägt war, standen vor allem Zwischenergebnisse und Politikempfehlungen im Mittelpunkt des Beitrags. Nach anschließender Diskussion wurde das Seminar mit einem Beitrag von Manfred Sinz (BMVBW) abgeschlossen. ■

ESPON 2.2.2 – 3. Projekttreffen

In Glasgow (UK) fand am 30./31. März das 3. Projekttreffen des ESPON Projekts 2.2.2 unter Beteiligung aller Projektpartner statt. Im Mittelpunkt stand vor allem die intensive Diskussion der Ergebnisse der in den letzten Monaten durchgeführten Fallstudien. Sechs davon wurden in Estland, Polen, Ungarn und Malta zu verschiedenen Schwerpunkten der Vorbeitrittshilfen (Phare, ISPA, Sapart) verwirklicht. Die Ergebnisse weiterer Fallstudien zu transnationalen (Alpine Space, Archimed) sowie grenzüberschreitenden (Polen-Deutschland, Ungarn-Ukraine, Ungarn-Slowakei) Themen wurden ebenfalls diskutiert, so dass in der nächsten Projektphase die Berichte sowie die komparative Analyse der Fallstudien abgeschlossen werden

können. Darüber hinaus wurde der Stand der zur Zeit bearbeiteten Arbeitspakete zu den nationalen regionalen Politiken und der Ex-post- sowie Ex-ante Wirkungsanalyse der Vorbeitrittshilfen kommentiert. Das weitere Vorgehen wurde mit allen Projektpartnern abgestimmt; der nächste Zwischenbericht soll bis August dieses Jahres fertiggestellt werden. ■

MECIBS-Konferenz

Im dänischen Randers fand vom 31. Januar bis 3. Februar 2004 die dritte Konferenz des INTERREG IIIB Pro-



jektes MECIBS (Medium-sized Cities in Dialogue around the Baltic Sea) statt. Mit über 60 TeilnehmerInnen aus 18 Klein- und Mittelstädten und 12 Forschungseinrichtungen im Ostseeraum war es die bisher größte Konferenz des Projektverbundes. Übergeordnetes Thema war "Urban Change and Strategies". In Workshops und durch Vorträge im Plenum fand dabei ein intensiver Austausch über Strategien im Umgang und zur Bewältigung von Transformationsprozessen statt. Am IRS werden in der Abteilung "Regenerierung schrumpfender Städte" zwei Teilprojekte bearbeitet: "Kultur als Instrument zur Revitalisierung von Klein- und Mittelstädten" und "Socio-Economic Regeneration in Small Towns Outside the Metropolitan Regions". Das Projekt läuft noch bis zum 30. Juni 2005.

Projekthomepage: <http://www.fsl.dk/MECIBS/>; Kontakt: Eric Tenz (TenzE@irs-net.de, Tel. 03362/793-285) und Thilo Lang (Lang@irs-net.de, Tel. 03362/793-245). ■

Kick-Off: Coronas Metropolitanas

Das Interreg IIIC Projekt "Coronas Metropolitanas" wurde am 1. und 2. Dezember 2003 offiziell durch das Kick-Off Meeting in Madrid eröffnet, auf dem das IRS mit Hans Joachim Kujath und Suntje Schmidt vertreten war. Dieses Projekt setzt sich aus Vertretern der Metropolregionen Madrid, Rom, Athen und Berlin zusammen. Ziel ist es, Strategien für eine ausgewogene Entwicklung innerhalb der größeren Metropolregionen gemeinschaftlich zu entwickeln und die im Rahmen des Projektes gesammelten Erfahrungen zwischen den beteiligten Regionen und Akteuren auszutauschen. Auf regionaler Ebene erhält das IRS hierbei Unterstützung von Städten der ARGE REZ, der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg sowie den Senatsverwaltungen für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin.

Informationen unter www.irs-net.de 'Abteilungen und Forschungsprojekte' Kontakt: Suntje Schmidt (Tel.: 03362/793-172, SchmidtS@irs-net.de) ■

Auftaktveranstaltung des Kompetenzzentrums Stadt und Region in Berlin-Brandenburg

Seit Mitte 2003 hat unter der Federführung der TU Berlin (Prof. Dr. Rudolf Schäfer) eine Gruppe von Repräsentanten aus Berliner und Brandenburger Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Gründung eines Kompetenzzentrums Stadt und Region vorbereitet. Im Rahmen einer von mehr als 80 Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik besuchten öffentlichen Auftaktveranstaltung hat sich das Kompetenzzentrum am 23. Januar 2004 als Plattform für Raumforschung und Raumplanung gegründet. Das IRS beteiligt sich aktiv an dem Aufbau dieses Zentrums und sieht in der Zusammenführung der raumwissenschaftlichen Kompetenzen aus Uni-

versitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Region eine große Chance für die Erzielung von Synergieeffekten zwischen den Forschungseinrichtungen sowie für den Aufbau eines Forums für den Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit. Die zukünftigen Forschungsfelder des Kompetenzzentrums berühren auch zahlreiche Arbeitsschwerpunkte des IRS: Z.B. die Konsequenzen des demographischen Wandels und der Migration für die Raumentwicklung, die Entwicklung von zukunftsfähigen Metropolregionen oder auch die Stabilisierung peripherer ländlicher Räume sowie die Gestaltung postindustrieller Kulturlandschaften.

Informationen im IRS über: Dr. Hans Joachim Kujath ■

Eintritt in neue Kooperationsphase

Vor dem Hintergrund der weiteren Schrumpfung Brandenburger Städte und Regionen hat die Diskussion um den Fortbestand des raumordnungspolitischen Leitbildes der dezentralen Konzentration und um die damit verbundene Verteilung öffentlicher Mittel wieder an Schärfe zugenommen. Erfahrungsgemäß induzieren solche Situationen unter Kommunen eher Konkurrenz als Kooperation. Die Regionalen Entwicklungszentren in Brandenburg wollen einen anderen Weg gehen. Am 18. Februar 2004 fand in der Stadt Brandenburg ein Treffen der Oberbürgermeister und Bürgermeister dieser Städte auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft Regionaler Entwicklungszentren des Städtekrans (ARGE REZ) um Berlin statt. Man verständigte sich darauf, den Informationsaustausch zu intensivieren und die gemeinsame Abstimmung im Diskussionsprozess um landespolitische Regelungen wie Gemeindefinanzierung, Finanzausstattung und Förderpolitik zu forcieren. Voraussetzung dafür ist, darüber waren sich die anwesenden Akteure im Klaren, die Präzisierung der Aufgaben regionaler Entwicklungszentren unter

den heutigen Bedingungen im Raum Berlin-Brandenburg. Somit tritt das 1995 gegründete Städtenetz möglicherweise in eine neue Kooperationsphase ein, denn eine partielle Öffnung für externe Partner ist Herausforderung und Chance zugleich.

Kontakt: Petra Jähne (Tel. 03362/793-182, JaehneP@irs-net.de) ■

Nominierung: ARL-Kerngruppe "Agglomerationsentwicklung"

Hans Joachim Kujath, Leiter der IRS-Forschungsabteilung 1 "Regionalisierung und Wirtschaftsräume", ist Mitglied der Kerngruppe "Agglomerationsentwicklung", die von der ARL eingerichtet worden ist. Beteiligt sind u.a. das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin (DifU) und das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen in Dortmund (ILS). Die Kerngruppe wird sich mit raumstrukturierenden Effekten und raumpolitischen Implikationen verstärkter wirtschaftlicher Agglomerationstendenzen beschäftigen. ■

Nach dem Ende des Solidarpakts – regionale Entwicklung fördern!

Inspiziert offenbar durch den Institutsnamen kam Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm am 5. Februar 2004 in das IRS, um von den Raumwissenschaftlern zu erfahren, wie der regionalen Entwicklung Brandenburgs neue Impulse verschafft werden können. Nach seiner Ansicht habe der Osten Deutschlands von den Transfers in den vergangenen fast 15 Jahren deutsche Einheit nicht so profitiert, wie das anfangs erwartet wurde. Er hoffe darauf,

dass sich dies bis zum Ende des Solidarpakts im Jahr 2019 ändern werde und dann eine regionale Entwicklung mit selbsttragenden Wirtschaftskreisläufen entstehe.

Drei Forschungsabteilungen des IRS präsentierten dem Innenminister Aussagen und Ergebnisse aus laufenden Projekten. Übersichten aus dem EU-Projekt ESPON (European Spatial Observation Networks) zur Wirtschaftsstruktur, zur Forschungsintensität und zur Potenzialausstattung Brandenburgs (Bildungsstand, Qualifikationsniveau) belegten, dass das Land im Vergleich mit Ost- und Südeuropa eine gute Ausgangssituation besitzt. Aus dem Leitprojekt "Wissensbasierte Stadtentwicklungen" wurden Befunde über geschlechts- und bildungsspezifische Mobilitätsmuster (Stichwort *brain drain*) und zur Bedeutung von Bildungs- und Forschungseinrichtungen für die regionale Entwicklung dargestellt. Besonders interessierte sich der Minister für die Rolle von "Raumpionieren"; sie könnten durch das Aufspüren lokaler Begabungen leerlaufende Regionen mit neuen Funktionen aufladen. Schließlich wurden erste Umfrageergebnisse aus dem BMBF-Projekt "Lebensqualität in Klein- und Mittelstädten" erläutert, die große Unterschiede in der wahrgenommenen Lebensqualität unter den Bewohnern des Städtekrans (ARGE REZ) de-



Innenminister Jörg Schönbohm (li.) im Gespräch mit Wissenschaftlern des IRS.

monstrierten. Jörg Schönbohm verließ eine konzentrierte Sitzung mit dem Versprechen, das IRS im Sommer mit mehr Zeit für einen Aufenthalt wieder zu besuchen.

Gregor Prinzensing (Tel. 03362/793-274, Prinzensing@irs-net.de) ■

Neues aus den Wissenschaftlichen Sammlungen

Die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS haben Ihre Internetpräsentation ausgeweitet. Seit kurzem können Nutzer unter <http://www.irs-net.de/index.php> (Institutsprofil/Service/Wiss. Sammlungen) in der Gesamtübersicht über



Restaurant Moskau, 1961-1964, Kollektiv J. Kaiser, H. Bauer, zweiter Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee

die Sammlungsbestände recherchieren. Unter der gleichen Adresse ist auch der Katalog über umfangreiche, nunmehr zugängliche Buchbestände zur Stadtgeschichtsforschung elektronisch erschlossen und nach verschiedenen Suchkriterien recherchierbar. Die dem IRS übergebene frühere Handbibliothek des Deutschen Instituts für Urbanistik mit etwa 3.000 Bänden und einigen wertvollen älteren Teilbeständen war mit einem kürzlich abgeschlossenen DFG-Projekt aufgearbeitet worden.

Weitere Informationen über Alexander Obeth (ObethA@irs-net.de) und Christoph Bernhardt (bernhardt@irs-net.de)

Ausstellung "Ostmoderne"

Für ein genaueres Hinschauen in Sachen DDR-Architektur plädieren die Autoren der Ausstellung *"Ostmoderne. Die Architektur in Berlin*

1945-1965", die vom Werkbund Berlin e.V. in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS konzipiert worden ist. Gefördert vom Hauptstadtkulturfonds und der Stiftung Preußische Seehandlung, wird die Ausstellung am 12. Mai 2004 um 18.30 Uhr im Foyer des Gebäudes der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität am Bebelplatz durch den Berliner Kultursenator Thomas Flierl eröffnet. Sie stellt, vom Parkcafé am Weinbergsweg bis zum Ministerium für Staatssicherheit, eine ganze Reihe markanter und spezifischer Bauten der ostdeutschen Nachkriegsmoderne vor. Gezeigt werden bislang größtenteils unveröffentlichte Aufnahmen, so dass einige Neuentdeckungen zu erwarten sind. ■

Passende Fragen zum richtigen Zeitpunkt: Moderation als weiches Steuerungsinstrument

Auf Einladung von Henning Nuissl, Gastprofessor an der Technischen Universität Berlin, hielt Gerhard Mahnken dort Ende Januar einen Vortrag. Er befasste sich am Beispiel der Regionalgespräche des IRS mit dem qualitativen Stellenwert von Moderation als "weichem" Instrument regionaler Entwicklung und Planung. Nach der Einführung entwickelte sich eine Diskussion um einige Schlüsselbegriffe, die den geplanten Zeitrahmen der Veranstaltung sprengten. Interesse zeigten die Studierenden vor allem an interaktiven Techniken und an Grundlagenwissen für die professionelle Steuerung von Konflikten und Moderationsprozessen. Die Diskussion machte deutlich, dass öffentliche Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozesse – gerade wenn divergierende Interessen ins Spiel kommen – subjektiven Wahrnehmungsmustern folgen, die in einer Gruppe schnell Missverständnisse und Konflikte entstehen lassen. Insofern stelle Moderation mehr als eine bloße "Technik" dar und folge mit ihrem dialogischen

Ansatz idealerweise einem zivilgesellschaftlichen Steuerungsverständnis. Vorläufiges Fazit des kleinen Disputs: Neutrale Moderatoren sollten sich nach Ansicht der Studierenden in Gruppendynamischen Prozessen weniger für "die Wahrheit" einsetzen. Dafür könnten sie sich umso mehr bemühen, die passenden Fragen zum richtigen Zeitpunkt zu stellen. Wohl an denn.

Kontakt: Gerhard Mahnken (Tel. 03362/793-113, MahnkenG@irs-net.de) ■

Management von Wissen – eine eingespielte Kooperationsbeziehung zur Universität Potsdam

Das gezielte Management von Wissen ist Thema eines Einführungsseminars, das IRS-Mitarbeiter Gregor Prinzenzing (gemeinsam mit Dipl.-Volkswirt Stefan Pinter), seit dem Wintersemester 2001/2002 im Rahmen der bestehenden Kooperationsbeziehungen des IRS mit der Universität Potsdam anbietet. Das Seminar wird regelmäßig als Blockveranstaltung im Bereich des Lehrstuhls Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Organisation und Personalwesen durchgeführt. Es fördert in mehrfacher Hinsicht interdisziplinäre Zugänge zum Thema Wissen und Wissensmanagement und ist offen



180 Sekunden Zeit, um aus Strohhalmen und Klebeband den höchsten freistehenden Turm zu konstruieren – dieses Team hat sein Wissen erfolgreich umgesetzt.

für Studierende aller Fachrichtungen. Studierende der BWL, VWL, Verwaltungs- und Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie können examensrelevante Nachweise erwerben. Alle drei organisationswissenschaftlichen Lehrstühle der WiSo-Fakultät (Prof. Wagner, Prof. Edeling, Prof. Jann) erkennen die erbrachten Leistungen wechselseitig an. Die Bearbeitung einzelner Themen (z.B. Lernen, Kreativität, Anreizsysteme) erfolgt so, dass die Sichtweisen verschiedener Disziplinen (BWL, Psychologie) reflektiert werden können. In die Methodik und die Seminarstruktur sind außerdem Ergebnisse der neueren Lerntheorie eingegangen (z.B. problemorientiertes Lernen im Rahmen von Gruppenübungen). Da sie selbst ebenfalls Gegenstand der Behandlung im Seminar sind, kann so eine Einheit von Theorie und Praxis punktuell realisiert werden. In der Regel wird das Veranstaltungsprogramm durch mindestens einen Vortrag eines externen Praktikers (z.B. aus dem Bereich Unternehmensberatung oder Content-Management) ergänzt. Die systematisch betriebene Evaluation und Auswertung der bisherigen Seminare hat zu einigen Optimierungen beigetragen.

Kontakt im IRS über: Gregor Prinzen-sing (Prinzensing@irs-net.de) ■

Konferenz "Städte im Sozialismus"

Zur Tagung "Städte im Sozialismus" kamen am 6. und 7. Februar führende deutsche Stadt- und Planungshistoriker in den Räumen der Architektenkammer Berlin am geschichtsträchtigen Ort in der Karl-Marx-(früher Stalin-) Allee zusammen. Den thematischen Schwerpunkt der vom IRS in Kooperation mit der Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte der TU Berlin durchgeführten Schlusskonferenz des VW Projektes "Industriestädte in der DDR" bildeten die Felder der Kommunalpolitik, Stadtplanung und Alltag/öffentliches Leben. Vorträge über kommunale Netzwerke, die Tradierung professioneller Standards in den Büros für Stadtplanung und die "inszenierte



Blick ins Auditorium. 2.v.l. Bruno Flierl, daneben Harald Bodenschatz (TU Berlin) und Ursula von Petz (Universität Dortmund)

Einigkeit" bei Stadtfeiern (Adelheid v. Saldern) zeigten neue Blicke auf die DDR-Städte als pulsierende Handlungsräume zwischen "sozialistischer Praxis" und "defizitärer Urbanisierung" (Heinz Reif). Nach dem Abschluss mehrerer größerer Forschungsprojekte in diesem Feld wird die bereits begonnene Publizierung ihrer Ergebnisse den Forschungsstand demnächst erheblich erweitern. Dies gilt auch für mittel- und osteuropäische Städte wie Moskau, Minsk oder Novosibirsk, die am zweiten Konferenztag vorgestellt und diskutiert wurden. Konferenzprogramm, Abstracts der Referate und ein Tagungsbericht sind nachzulesen auf der Website der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS: <http://www.irs-net.de/index.php> (Institutsprofil/Service/Wiss. Sammlungen)

Kontakt: Christoph Bernhardt (Tel. 03362/793-280, Bernhardt@irs-net.de); Ingrid Apolinarski (Tel. 03362/793-276, Apolinarai@irs-net.de) ■

Wissenschaftlicher Nachwuchs: Promotionen

Jochen Monstadt, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsabteilung "Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern" hat im Dezember 2003 seine Promotion zum Dr.-Ing. an der Fakultät Architektur-Umwelt-Gesellschaft der TU Berlin abgeschlossen. In seiner Dissertation "Die Modernisierung der Stromversorgung – Regionale Ener-

gie- und Klimapolitik im Zuge von Liberalisierung und Privatisierung" untersucht er den institutionellen Wandel der Stromversorgung, der mit tiefgreifenden Veränderungen der Funktionen und Struktur staatlicher Aufgabenwahrnehmung verbunden ist. Aufbauend auf eine übergreifende empirische Analyse dieses Wandels, werden Anforderungen an regionale Politik konkretisiert. Am Beispiel der Berliner Stromversorgung werden der institutionelle Wandel seit Beginn der achtziger Jahre vertiefend untersucht sowie Probleme und Perspektiven regionaler Energie- und Klimapolitik herausgearbeitet.

Mit der Disputation am 19. Januar 2004 hat **Heike Liebmann**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsabteilung: "Regenerierung schrumpfender Städte", ihre Dissertation erfolgreich abgeschlossen. Thema war: "Vom sozialistischen Wohnkomplex zum Problemgebiet? Strategien und Steuerungsinstrumente für Großsiedlungen im Stadtumbauprozess in Ostdeutschland". Die Arbeit wurde von Prof. em. Peter Zlonicky und Prof. Dr. Klaus M. Schmals an der Universität Dortmund betreut. Heike Liebmann hat in ihrer Arbeit den Wandel der großsiedlungsbezogenen Stadtentwicklungspolitik und der Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Großsiedlungen – vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher bzw. gesamtstädtischer Veränderungsprozesse – untersucht, um auf dieser Grundlage, Aussagen zur mittelfristigen Perspektive der Siedlungen zu treffen. Ausgehend von den objektiven Potenzialen und Problemen der Siedlungen hat sie sich damit auseinander gesetzt, welche Funktion diese Gebiete in einer sich wandelnden Stadtstruktur und auf einem sich verändernden Wohnungsmarkt künftig übernehmen können. Anliegen der Arbeit ist es, auf dieser Grundlage Vorschläge für differenzierte Strategien und Steuerungsinstrumente zur Stabilisierung der Großsiedlungen zu unterbreiten, die es ermöglichen, flexibel auf Veränderungsprozesse in den Gebieten zu reagieren. ■

Neu im IRS



Seit dem 1. Dezember 2003 arbeitet Henrik Gasmus in der Forschungsabteilung 3 "Wissensmilieus und Siedlungsstrukturen" als

wissenschaftlicher Mitarbeiter des DFG-Projekts "Suburbanisierung im 21. Jahrhundert: Stadtregionale Entwicklungsdynamiken des Wohnens und Arbeitens" an einer qualitativen Untersuchung der Wohnsuburbanisierung in ausgewählten Gemeinden des Berliner Umlandes. Er studierte an der Humboldt-Universität Berlin die Fächer Geographie, Europäische Ethnologie und Politikwissenschaft. Seine Diplomarbeit befasste sich mit handlungs- und kulturtheoretischen Aktualisierungen des intentionalistischen Handlungsverständnisses in der Sozialgeographie Benno Werlens. ■

Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)

ARL

Gemeinsame Tagung von ARL und BBR – "Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?" am 17. und 18. Juni 2004 in Magdeburg

Der langfristige Rückgang, die kontinuierliche Alterung und die fortschreitende Internationalisierung der Bevölkerung in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern lösen einen tiefgreifenden demographischen und sozialen Wandel aus. Deutschland, vor allem Ostdeutschland, ist hiervon in besonderem Maße betroffen. Der demographische Wandel wird sich räumlich sehr differenziert auswirken. Es wird Gewinner- und Verliererregionen geben. Die regionalen Verteilungskämpfe um demographische Potenziale werden deutlich zunehmen. Disparitätenprobleme sowie

soziale Polarisierung und Segregation werden auf allen räumlichen Ebenen an Bedeutung gewinnen. Zuwanderungen werden diese Trends noch verstärken. Sie werden sich auf die prosperierenden Räume West- und vor allem Süddeutschlands konzentrieren. Ziele der Veranstaltung sind vor diesem Hintergrund eine breite Diskussion der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Raumentwicklung sowie die Abschätzung der Konsequenzen für die räumliche Politik und Planung. Hierzu werden verschiedene Grundsatzreferate vorgetragen. Zwei Foren beziehen sich auf den Handlungsbedarf in dünn besiedelten, strukturschwachen ländlichen Räumen und in städtischen Regionen. Im Rahmen eines Podiums wird versucht, die Konsequenzen für den Handlungsbedarf zur Gestaltung des demographischen Wandels im Raum zu konkretisieren.

Informationen über: Dr. Gerd Tönnies, ARL Hannover, Tel.: 0511/34842-23; E-Mail: toennies@ARL-net.de

IfL

Neue Kulturgeographie

Im Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig, fand vom 29.-31.01.2004 eine Tagung zu den Möglichkeiten und Grenzen des *cultural turn* in der Geographie unter dem Thema "Neue Kulturgeographie in Deutschland. Themen, Methoden, Perspektiven" statt. Die Tagung, die von über 150 Teilnehmern besucht wurde, begann mit Vorstellung und Diskussion eines von Hans Gebhardt (Heidelberg), Paul Reuber und Günter Wolkersdorfer (beide Münster) veröffentlichten Buchs zur Kulturgeographie. Am Freitag wurden in insgesamt 6 Workshops über 30 Referate vorgestellt, die sich um die Themen Theoriehorizonte, Ökonomie und Kultur, Alltag/Kultur/Raum, Bilder und Repräsentationen, Macht und Raum sowie Regionalkulturen gruppierten. Schließlich wurden von Hans-Heinrich Blotvogel (Duisburg), Peter Meusburger (Heidelberg) und Peter Weichhart (Wien) kritische Anmerkungen zum gesamten Themenkomplex der Neuen Kulturgeographie vorgetragen und anschließend im Plenum diskutiert. Die Tagung zeigte deutlich, dass in der Neuen

Kulturgeographie zwar inhaltlich sehr heterogene Ansätze vorhanden sind, sie jedoch ein konzeptionelles Interesse an transdisziplinärer und theoretisch fundierter Forschung eint. Die Bedeutung der Tagung für den innergeographischen Diskurs zeigte sich auch darin, dass eine weitere Veranstaltung zum Thema für Anfang 2005 in Münster vereinbart wurde.

IÖR

Leitbild für Görlitz/Zgorzelec

Anlässlich der EU-Erweiterung wird eine Publikation des IÖR, die den Weg zu einem gemeinsamen Leitbild für die Europastadt Görlitz/Zgorzelec darstellt, im Ökom Verlag erscheinen. Der Sammelband beschreibt die Erfahrungen im Zusammenwachsen einer geteilten deutsch-polnischen Stadt und dem Entwickeln von gemeinsamen, grenzüberschreitenden Perspektiven. Es werden Fragen einer szenariengeleiteten Leitbild- und Strategieentwicklung und der Kommunikations- und Beteiligungsprozesse im Grenzraum behandelt. Die Rolle grenzüberschreitender Elitenetzwerke wird genauso beleuchtet wie die Entwicklung eines gemeinsamen städtebaulichen Leitbildes. Erfahrungen anderer grenzüberschreitender Städte in Europa werden ebenfalls vorgestellt (www.oekom.de, www.ioer.de).

Vorträge

Kirsten Kunkel und Sabine Zillmer trugen zum Thema "ESDP – Sind die Ziele der polyzentrischen Entwicklung in Osteuropa realistisch?" auf der gemeinsamen Tagung der Fachgruppen Geographie und Wirtschaft der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde im IfL Leipzig am 5. und 6. Dezember 2003 vor.

Auf Einladung des französischen Ministeriums für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung nahm Timothy Moss Ende 2003 in Paris an einem Seminar "Les analyses socio-économiques du risque inondation en Europe" teil. Dort hielt er einen Vortrag zum Thema "Restoring floodplains as a component

of flood risk management: a study of institutional drivers and constraints".

Auf dem Abschlussworkshop des EU-Forschungsnetzwerkes REGIONET vom 14.-16. Januar 2004 hielt Timothy Moss einen Vortrag zum Thema "Regional Sustainable Development as a Cross-Sectoral Task" und kommentierte die Ergebnisse der Diskussionsrunde "Strategies for Multi-Level Governance in einem Statement.

Im Arbeitskreis Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing der ArgeREZ in Potsdam referierte Thilo Lang am 27. Januar 2004 zum Thema "Kleinstädte in der Krise – Alternative Konzepte (sozial-) ökonomischer Regenerierung".

Auf der dritten MECIBS-Konferenz in Randers, Dänemark hielt Thilo Lang am 1. Februar 2004 den Vortrag "Social Aspects of Restructuring and Alternative Concepts for Regeneration".

Auf der Tagung "Neue Kulturgeographie in Deutschland: Themen, Methoden und Perspektiven" im Institut für Länderkunde, hielt Bastian Lange am 2. Februar 2004 den Vortrag: "Raumkonstruktionen. Sozialräumliche Praktiken und Vergemeinschaftungsformen von kulturellen Start-up-Unternehmen in Berlin".

Christiane Droste referierte am 9. und 10. Februar 2004 auf Einladung der *École Nationale des Travaux Publics de l'État (ENTPE)* in Vaux-en-Velein/Lyon im Rahmen des Europäischen Seminars aus den Forschungsprojekten NEHOM und RESTATE zur Rolle der *Sozialen Stadt* und des Programms *Stadtumbau Ost* im Schrumpfungsprozess ostdeutscher Städte. Die gastgebende Hochschule ist direkt dem Ministerium für Landesplanung, Verkehr und Wohnen unterstellt. Neben sechs Forschungsgebieten im Bereich der Regional- und Stadtentwicklung bildet die ENTPE Verwaltungsingenieure aus, die am Ende ihres drei- bis vierjährigen Studiums ein dreimonatiges, finanziertes Praktikum im europäischen Ausland absolvieren. Kontaktperson für ein Angebot an Praktikumsplätzen in Stadtverwaltungen und internationalen Austausch ist Alexis Cournet (cournet@entpe.fr).

Veröffentlichungen

- APOLINARSKI, Ingrid: Die Entwicklung des Gewerbegebietes Dahlwitz Hoppegarten – Spiegelbild der Territorialplanung in der DDR. In: Eckart, Karl ; Scherf, Konrad (Hrsg.): Deutschland auf dem Weg zur inneren Einheit. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 87, Dunker und Humblot, Berlin 2004, S. 175-207
- KNORR-SIEDOW, Thomas ; DROSTE, Christiane (Hrsg.): Large Housing Estates in Germany. RESTATE report 2b, Utrecht, 2003. - 135 Seiten
- LANG, Thilo ; VOGLER, Sascha: Neue Leitbilder vor dem Hintergrund stadtreionaler Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland? In: Fuchs, Oliver ; Wiechmann, Thorsten: Planung und Migration. Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität, Hannover (im Erscheinen)
- LIEBMANN, Heike ; ROBISCHON, Tobias: Mit städtischer Kreativität aus der Krise? Erfahrungen mit Stadtschrumpfung in Großbritannien. In: vhw-Forum Wohneigentum, Heft 6, Dezember 2003, S. 324-327
- MATTHIESEN, Ulf ; REUTTER, Gerhard (Hrsg.): Lernende Region – Mythos oder lebendige Praxis? Gütersloh, 2003. Mit einem Beitrag aus dem IRS von:
MATTHIESEN, Ulf: Im Sog von Schrumpfungsdynamiken – eine Lernende Region im deutsch-polnischen Grenzgebiet. S. 89-114
- MONSTADT, Jochen unter Mitarbeit von NAUMANN, Matthias: Netzgebundene Infrastrukturen unter Ver-

änderungsdruck – Sektoranalyse Stromversorgung. Berlin 2003 (networks-Papers, Nr. 5, <http://www.networks-group.de>)

- MOSS, Timothy: Regional Governance and the EU Water Framework Directive. Institutional Fit, Interplay and Scale. In: Lafferty, William M. ; Narodslawsky, Michael (Hrsg.): Regional Sustainable Development in Europe. The Challenge of Multi-Level Cooperative Governance. ProSus, Oslo, 2003, S. 201-230
- MOSS, Timothy: The Governance of Land Use in River Basins. Prospects for Overcoming Problems of Institutional Interplay with the EU Water Framework Directive. In: Land Use Policy, 2004, Bd. 21/1, S. 85-94
- MOSS, Timothy: Regional Sustainable Development as a Cross-Sectoral Task. Vortrag auf dem REGIONET-Workshop "Cross Fertilization and Integration of Results of REGIONET", Brüssel, 14.-16. Januar 2004, unter <http://www.iccrinternational.org/regionet/>
- *online*
Im Rahmen des Leitprojekts der IRS-Forschungsabteilung 2 "Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung der Gemeinschaftsgüter" haben Ingrid Apolinarski, Ludger Gailing und Andreas Röhring ein Working Paper zu institutionellen Aspekten des Gemeinschaftsgutes Kulturlandschaft erarbeitet, in dem sie die bisherige Kulturlandschaftsperspektive der Regionalforschung durch güter-, institutionen- und pfadtheoretische Ansätze erweitern. Das Working Paper ist abrufbar unter <http://www.irs-net.de/download/Kulturlandschaft.pdf>.

Nachhaltiger Erfolg: EU-Bestseller aus dem IRS

Die vom IRS erstellte Studie "Regional Pathways to Sustainability" (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2000) ist inzwischen der meist verteilte Forschungsbericht aus der Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission überhaupt. Dank der anhaltenden Nachfrage sind von der mittlerweile in zweiter Auflage erschienenen Broschüre (ca. 170 S.) in den letzten vier Jahren insgesamt über 4.200 Exemplare in englischer und französischer Sprache europaweit an Interessenten vergeben worden.

Nachlese . . .

Das IRS in den Medien

"... Etwa 1,2 Millionen Wohnungen stehen leer, sagt Hans-Joachim Bürkner, Leiter der Abteilung "Regenerierung schrumpfender Städte" am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin. Doch greift zu kurz, wer den Leerstand schon für die Krise hält. 'Eine Krise entsteht dann, wenn sich die Wohnumgebung radikal verändert, wenn Nachbarschaften kaputt gehen und soziale Milieus auseinanderfallen', sagt Karl-Dieter Keim, Direktor des IRS. Sein Institut richtet in diesem Jahr die Transferstelle für den Stadtumbau Ost ein, entstehen soll eine Experten- und Informationsbörse für Kommunen. Dass es dabei um mehr geht als um bauliche Veränderungen der Städte, 'das wird bislang kaum thematisiert', sagt Keim ..."

(Frankfurter Rundschau, 14.01.2004)

"... Für die Stadtentwicklung werden Orte der Kommunikation unverzichtbar. Das ostdeutsche Jena ist dafür ein Beispiel (beschrieben in einer Untersuchung der Darmstädter Schader-Stiftung und des IRS/Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung über 'Städtische Kreativität') ..."

(Frankfurter Allgemeine, 31.01.2004)

"... Der Direktor des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) hat im November 2003 unter dem Titel 'Das Fenster zum Raum' eine Standortbestimmung der Raumwissenschaften in Deutschland vorgelegt. Karl-Dieter Keim unternimmt den Versuch, die vier in der Leibniz-Gemeinschaft vertretenen raumwissenschaftlichen Einrichtungen (in Erkner, Hannover, Dresden und Leipzig) hinsichtlich ihrer Forschungslinien und -schwerpunkte auch den anderen Disziplinen gegenüber kenntlich zu machen ... Karl-Dieter Keim: 'Das Fenster zum Raum' – Traktat über die Erforschung sozialräumlicher Transformation. Lehrtexte Sozialwissenschaften.

Opladen: Leske+Budrich, 2003, 171 Seiten, ISBN 8100-4050-9, Euro 16,90."

(Leibniz-Journal der Leibniz-Gemeinschaft, 4/2003)

"... Zugegeben: Entwicklung ohne Wachstum, das klingt nicht gut. Kulturentwicklung ohne Wachstum natürlich auch nicht ... Schauen wir zum Beispiel auf das Land Brandenburg: Mit Blick auf die prognostizierbaren demographischen Entwicklungen ... seien hier Unterscheidungen notwendig, meint Thomas Ruben vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Auf dem 18. Regionalgespräch im Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) plädierte er im November 2003 in Erkner bei Berlin für eine Versachlichung der Debatte ..."

(kulturpolitische mitteilungen, 4/2003)

"... Die Abwanderung von gebildeten Frauen könnte nach Ansicht von Ulf Matthiesen, Forscher am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner, nicht nur zu einem Sinken der Geburtenrate und einer zunehmenden Entvölkerung bestimmter Regionen führen, sondern auch das Bildungsniveau sinken lassen. Besonders ländliche Regionen könnten einst einen hohen Anteil von schlecht ausgebildeten Männern aufweisen, für die eine Partnerin oder Familie nahezu unerreichbar wären, warnt Matthiesen."

(Frankfurter Neue Presse, 23.12.2003)

"... Das Symposium beendete eine einjährige Workshopreihe, die das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) und die Schader-Stiftung gemeinsam mit fünf ostdeutschen Städten (Frankfurt/Oder, Leipzig, Neuruppin, Schwerin, Zwickau) und Experten aus Westeuropa durchgeführt hatte und deren Ergebnisse auch in Buchform auf dem Symposium vorgestellt wurden ..."

(Demokratische Gemeinde, 11/2003)

Das Institutsgebäude des IRS an der Flakenstraße in Erkner bei Berlin ist mit dem Regionalexpress von Berlin Mitte in 25 Minuten zu erreichen.



Die Fußgängerbrücke über das Flakenfließ führt vom S-Bahnhof Erkner zum IRS.

I M P R E S S U M

IRS aktuell No. 43 April 2004
ISSN 0944-7377

Herausgeber: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung

Leitung: Prof. Dr. Karl-Dieter Keim

Redaktion: Gerhard Mahnken M.A.
(v.i.S.d.P.) und Petra Koch

DTP: Petra Geral

Fotos: IRS: S. 10, 11, 13, 14, 16,
Bildarchiv-IRS: S. 12 (oben);
Schmidt: S. 12 (unten);
DifU: S. 9

Anschrift: Flakenstraße 28-31
D-15537 Erkner (bei Berlin)

Telefon: + 49 (0) 03362/793-0
Fax: + 49 (0) 03362/793-111
E-Mail: MahnkenG@irs-net.de
Internet: www.irs-net.de

Bestellung von Publikationen: 03362/793-118

IRS aktuell erscheint vierteljährlich
(Januar, April, Juli, Oktober)
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Druck: Druckerei Schulz